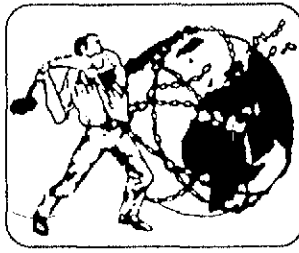


GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/04

März 2004

Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus:

Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!

Während international der deutsche Imperialismus die Ausplünderung der unterdrückten Völker der Welt forciert, während der Einsatz der Bundeswehr auf internationaler Ebene Schritt für Schritt ausgeweitet wird, während innerhalb Deutschlands Tag für Tag staatlicher Terror, Abschiebungen, Verhaftungen von Flüchtlingen auf der Tagesordnung stehen und die Anschläge der Nazis ohne Unterbrechung weitergehen, werden Zug um Zug immer massivere Angriffe auf die soziale Lage der Werktätigen durchgeführt, wird durch immens gesteigerte Arbeitsetze, Arbeitszeitverlängerung, Reallohnsenkungen usw. die Ausbeutung in den Betrieben verschärft. Auf allen Gebieten sind die deutschen Imperialisten auf dem Vormarsch. Sie testen immer dreister, wie weit sie gehen können. Mit ihrer Salami-Taktik und ihrer Demagogie vom „kleineren Übel“ und anderen Manövern gelingt es ihnen dabei gegenwärtig noch, diese Verschärfungen durchzuziehen, ohne auf breiter Front - vor allem in den Betrieben - auf nennenswerte Gegenwehr zu stoßen. Diese Betrugsmanöver müssen entlarvt und zerschlagen werden, um nicht zu resignieren und gegen alle Spielarten der Abwiegelei den wirksamen Abwehrkampf zu organisieren. Entgegen dem Geschwätz von einer angeblich möglichen „Umorientierung“ im Rahmen der bestehenden Ausbeutungsverhältnisse, gegen reformistische Illusionsmacherei und deutsch-nationalistische Verhetzung, geht es vor allem darum: das ganze einzig und allein am Profit orientierte kapitalistische System theoretisch und praktisch in Frage zu stellen. Entscheidend ist, sich durch alle Schwierigkeiten und Rückschläge im tagtäglichen Kampf vor niemanden und durch nichts von der entscheidenden Aufgabe ablenken zu lassen: mit aller Kraft den Sturz, die völlige Zerschlagung dieses ganzen verdamnten Ausbeutungssystems des deutschen Imperialismus vorzubereiten und durchzuführen.

Eine neue Stufe der Verschlechterung der Lebenslage breiter werktätiger Massen

Der jahrelange Zustand sich ständig verschärfender Ausbeutung und des Sozialabbaus wird in jüngster Zeit durch ein Zusammenspiel von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen Schlag auf Schlag forciert. Dabei wird ein Verwirrspiel betrieben, indem scheinbarweise Verschlechterungen der Lebenslage breiter werktätiger Massen verstreut in verschiedensten Gesetzen beschlossen werden, mit dem Ziel den Abbau der Rechte in seinem vollen Ausmaß möglichst zu verschleiern. Hier einige Schlaglichter der wesentlichen Verschärfungen:

■ Seit dem 1.1.2004 wird durch Zuzahlungen und Praxisgebühren für breite Massen der Werktätigen der **Erhalt der Gesundheit** auf Dauer kaum noch erschwänglich.

■ Der breiten Masse der Rentnerinnen und Rentner wird durch **Nichtanpassung der Rente** die sowieso schon sehr geringe Rente faktisch durch die Inflation gekürzt.

■ Zum 1.1.2004 wurde der Kündigungsschutz weiter aufgeweicht. Künftig findet das **Kündigungsschutzgesetz** in der Regel nur noch in Betrieben mit mehr als 10 Vollzeitbeschäftigten Anwendung. Arbeiter und Arbeiterinnen in kleineren Betrieben haben dadurch kaum eine Möglichkeit sich gegen Kündigungen vor Gericht zu wehren. Die Kündigungsmöglichkeiten für die Kapitalisten wurden noch weiter erleichtert, so dass künftig vorrangig sogenannte „Leistungsträger“ gehalten werden. Damit haben die Kapitalisten die Möglichkeit sich über soziale Gesichtspunkte wie z. B. Lebensalter, Zahl

der Kinder und Schwerbehinderung, völlig hinwegzusetzen. Dies trifft vor allem ältere Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich künftig in so einem Fall nicht mehr auf ihre lange Betriebszugehörigkeit berufen können, die jahrelang im selben Betrieb geschuftet haben und nicht selten dabei ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben.

■ Seit dem 1.1.2004 sind gravierende Änderungen im „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ in Kraft getreten. Dies erleichtert es sogenannten „Leihfirmen“ **Arbeiterinnen und Arbeiter befristet zu Dumpinglöhnen an Unternehmen auszuleihen**, um sie nach dem Einsatz wieder auf die Straße zu werfen und sie dann wieder bei Bedarf oft nur für kurze Zeit einzustellen. Die Arbeitsämter selbst können Erwerbslose zwangsweise an Leihfirmen mit dem zynischen Namen „Personalserviceagenturen“ überweisen, von denen sie zu Niedrigstlöhnen, in der Regel auf Arbeitslosengeldniveau, an Unternehmen verliehen werden.

■ Bereits seit 1.1.2003 gilt im Fall der Erwerbslosigkeit nach dem 7. Monat, dass das Arbeitsamt dann jeden Erwerbslosen zwingen kann, einen Arbeitsplatz an jedem Ort in Deutschland auch zu Dumpinglöhnen anzunehmen. Bei Verweigerung wird das Arbeitslosengeld für 3 Monate gestrichen. Ab dem 1.1.2004 wurde die **Dauer des Arbeitslosengelds** auf höchstens 12 Monate, für über 55-jährige auf höchstens 18 Monate beschränkt (für bereits heute bestehende Ansprüche gilt das erst ab dem 31.1.2006). Die Situation der so genannten Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen hat sich verschärft, da nun innerhalb von 2 Jahren mindestens 12 Monate gearbeitet werden muß, um überhaupt einen minimalen Anspruch von 6 Monaten Arbeitslosengeld zu haben.

Die Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte bedeutet nicht Unterstützung der DGB-Führung und ihres Apparats!

Offensichtlich geht es dem deutschen Monopolkapital bei den Verschärfungen in den nächsten Jahren gerade auch darum, die Möglichkeiten und Formen kollektiver Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter weitgehend zu beseitigen. Das steckt hinter ihren Attacken gegen die „Macht der Gewerkschaften“. Hier ist eine gefährliche Falle angelegt:

Zum einen wäre es falsch, diesen Attacken nicht entgegen zu treten, weil sich in den Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte immer und immer wieder bewiesen hat, dass mit der DGB-Führung und ihrem Apparat nicht einmal die tagtäglichen Abwehrkämpfe konsequent zu führen sind.

Zum anderen dürfen die antigewerkschaftlichen Attacken des Kapitals kein Grund sein, sich mit dieser Gewerkschaftsführung auszusöhnen. Denn die DGB-Führung und ihr Apparat werden deshalb ihre reaktionäre Politik als „Ordnungsfaktor“ im Dienste der herrschenden Klasse nicht substanzial ändern. Ihre einzige Befürchtung ist, dass sie künftig möglicherweise nicht mehr in dem bisherigen Maß gebraucht werden und fürchten um ihre Pfründe. Wenn sie nun zum „Aktionstag 3. April 2004“ in einem gewissen Maß mobilisieren, dann tun sie das vor allem, um der herrschenden Klasse zu zeigen, dass sie unentbehrlich sind, um die unzufriedenen Massen im Griff zu halten, dass ohne sie der „soziale Frieden“, d.h. die Friedhofsruhe der Ausbeuter, nicht mehr so gesichert sei usw.

Es gilt also, selbst, ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften den konsequenten Abwehrkampf gegen verschärfte Ausbeutung, Sozialabbau und alle reaktionären Vorstöße der deutschen Imperialisten zu organisieren und zu führen!

■ Schon seit 2003 gilt beim Bezug von **Arbeitslosenhilfe**, dass nur noch Ersparnis von 200 Euro pro Lebensjahr, max. 13.000 Euro nicht angetastet werden muß. Wer mehr „Vermögen“ besitzt, bekommt keine Arbeitslosenhilfe mehr. Ab 1.1.2005 verschärft sich die Situation weiter: Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe werden zusammengelegt. Sogenanntes **Arbeitslosengeld II** ist dann in den ersten zwei Jahren nur noch wenig höher als die Sozialhilfe, nach zwei Jahren sind Sozialhilfe und „Arbeitslosengeld II“ identisch.

Werkstätige ohne deutschen Pass und Flüchtlinge sind von den Verschärfungen auf vielfache Weise besonders massiv betroffen.

Einige dieser Verschärfungen bekommen heute schon Hunderttausende, ja Millionen von uns zu spüren. In ein, zwei Jahren wird es dann im Massenumfang noch weit härter kommen: Bei dem für 2005 geplanten Inkrafttreten des Arbeitslosengelds II werden schätzungsweise zwei Drittel aller registrierten Erwerbslosen auf Sozialhilfe gesetzt. Anderthalb bis zwei Millionen von ihnen verlieren infolge der Anrechnungen jeglichen Anspruch. So müssen dann auf einen Schlag zwischen fünf und sechs Millionen Menschen - die bisherigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe sowie alle als „erwerbsfähig“ eingestuft Sozialhilfebezieher - mit 345 Euro im Monat (West) oder 331 Euro (Ost) - auskommen. Da jede legale Arbeit als zumutbar erklärt wird, sind dann schätzungsweise für etwa 2,5 Millionen Erwerbslose Löhne weit unter Tarif „zumutbar“. Damit ist klar beabsichtigt, den Druck auf die große Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie anderen Werkstätigen insgesamt zu erhöhen, um Lohnsenkungen, Intensivierung und Verlängerung der Arbeitszeit, d.h. erhöhte Ausbeutung durchzusetzen.

Drei zentrale Manöver des Kapitals, um Verschärfungen durchzusetzen

Um Widerstand gegen die Attacken des Kapitals und seines Staates zu verhindern, setzen die Herrschenden ein ganzes Arsenal von Verwirrtaktiken und Desorientierungen ein, vom demagogischen gegeneinander Ausspielen und Aufhetzen der Jungen gegen die Alten bis hin zur deutsch-nationalistischen „Standort“-Hetze. Im Zusammenhang damit spielen drei ineinander verbundene Manöver eine zentrale Rolle:

● Ein durchaus raffinierter Schachzug der deutschen Imperialisten bestand und besteht darin, sich des demagogischen Potentials einer angeblich „linken“ sozialdemokratisch geführten Regierung zu bedienen, um auf breiter Front ihre Angriffe gegen die Lebenslage der Werktätigen durchzuführen. Denn es ist unbestreitbar: Unter einer CDU-geführten Regierung wäre dieser Sozialabbau auf viel breitere Proteste gestoßen.

● Dies geht einher mit der Propaganda des „kleineren Übels“: Um von ihrer Unterstützung der Durchführung des Sozialabbaus durch die SPD/Grünen-Regierung abzulenken, verweisen z. B. Spitzenfunktionäre des DGB wie Bsirke lauthals auf die „Bedrohung der Beschäftigten“ durch die CDU/CSU-Pläne. Es gelte still zu halten, weil eine SPD-geführte Regierung angeblich immer noch besser sei als eine CDU/CDU-Regierung. Dass dies eine Lüge war, zeigen die Tatsachen der drastischen Verschärfungen nach innen und außen nach dem „Wechsel“ zur SPD/Grünen-Regierung, die in vielem die „Kohl-Ära“ in den Schatten stellen (so auch die Tatsache, dass die Bundeswehr wieder imperialistische Angriffskriege führt wie 1999 gegen Jugoslawien).

Eine Facette dieser Demagogie ist auch, dass ein Szenario nach dem Motto „Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück“ aufgebaut wird: Besonders drastische Maßnahmen werden angekündigt, die dann, zumal wenn es Proteste gibt, vorläufig halb zurück genommen werden. So kann zum einen getestet werden, wie weit die reaktionären Vorstöße schon gehen können. Zum anderen erleichtert dies den Sachwaltern des Monopolkapitals, den angestrebten nächsten Schritt tatsächlich durchzuführen.

Die Logik der Duldsamkeit gegenüber dem „kleineren Übel“ führt in Wirklichkeit direkt zu noch größerem Übel: Wenn sich die Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die großteils zur Arbeiterklasse gehörenden Erwerbstätigen, alle vom Sozialabbau Betroffenen die heutigen Raubzüge des Kapitals und den heutigen sozialen Kahlschlag gefallen lassen, dann ist der Weg frei für die nächste Etappe der verschärften Ausbeutung.

● Eine wesentliche Funktion hat auch die Mischung aus dunkel angekündigtem Horror-Szenario und „Safami-Taktik“: Das in den Schaltzentralen des deutschen Imperialismus schon längst fest umrissene Programm der Verschärfungen auf Jahre und Jahrzehnte hinaus wird in der konkreten Umsetzung scheinbarweise präsentiert. Tianlichst wird vermieden, wahrheitsgemäß festzustellen, was noch alles kommen soll. Denn die Enttüllung des ganzen, für die breiten Massen der Arbeiterinnen und Arbeiter erschreckenden Programms würde Proteste und Kampf dagegen wahrscheinlicher machen.

Das Programm der verschärften Ausbeutung und imperialistischen Expansion

Die ganze Entwicklung in Deutschland zeigt, was auf die Arbeiterklasse in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch zukommen wird: Der erbarmungslose Kampf der imperialistischen Großmacht Deutschland, um im Inland wie in der ganzen Welt in Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Mächten Maximalprofite aus den Arbeiterinnen und Arbeitern herauszupressen, muss zu einer Verschlechterung ihrer Lage führen.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sollen selbst die Kosten für Rationalisierung und Modernisierung, sprich: für verstärkte Ausbeutung tragen, um ihren Ausbeutern eine bessere Position im Kampf mit ihren imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Die Masse der Werktätigen soll insbesondere auch die Kosten für die weitere Aufrüstung und Kriegsvorbereitung tragen. Ein gigantisches Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr – 110 Milliarden in den nächsten fünf bis zehn Jahren – wird forciert.

Zusätzlich zur verstärkten Ausbeutung durch Intensivierung und Rationalisierung der Produktion sollen daher sehr weitgehend so genannte „soziale Leistungen“ - die in Wirklichkeit durch Kämpfe der Arbeiterbewegung den Kapitalisten abgerungene Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft sind - abgebaut werden. So waren die deutschen Imperialisten als stärkste Macht in der EU federführend bei dem Beschluss der Regierungschefs der EU vom Jahr 2000 in Lissabon, Löhne und Sozialleistungen massiv abzubauen mit der offenen erklärten Zielsetzung, daß auch auf diesem Weg die EU bis

2010 die USA als Wirtschaftsmacht Nr. 1 abgelöst haben soll.

Nur unversöhnlicher Kampf gegen das Kapital und dessen Staat kann Wirkung zeigen!

Die Lage wird immer schlimmer und kann nur immer schlimmer werden, solange nicht begonnen wird, konsequent zu kämpfen, zu streiken, Betriebe zu besetzen, also Druck zu erzeugen und dem Kapital wirkliche Schläge zu versetzen.

Die breiten Massen der Arbeiterklasse erhalten im großen und ganzen gerade ihr Existenzminimum, wobei dessen Höhe im einzelnen konkret vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten, vom Stand der Klassenkämpfe abhängt. Und nur ein entsprechend geführter Kampf kann die generelle Abwärtsbewegung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter wenigstens verlangsamen.

Ein solcher Kampf kann nur dann konsequent sein, wenn er sich gegen die Politik der Klassenversöhnung, des Reformismus und der Staatsgläubigkeit, gegen die Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter durch den deutschen Nationalismus und Chauvinismus richtet. Dieser Kampf muss sich insgesamt gegen das Kapital, seine Parteien und seinen Staat richten.

Ein solcher Kampf wird dann auch Rückgrat sein können für Kämpfe der Jugend und anderer Werktätiger gegen Faschisierung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung, gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus in der ganzen Welt.

Das Übel an der Wurzel packen - Für den revolutionären Sturz des Kapitalismus!

Für die im bestehenden Ausbeutungssystem herrschende Klasse ist auf längere Sicht vor allem eins wichtig, ja lebenswichtig: Aufkommender Protest und Widerstand muss unbedingt vor dem Punkt aufgefangen werden, an dem das gesamte kapitalistische System in Frage gestellt wird und daraus wirklich revolutionäre, auf den Sturz und die Vernichtung des Kapitalismus gerichtete Schlussfolgerungen gezogen werden.

Dazu haben die Herrschenden ideologisch verschiedene Netze aufgespannt. Eines ist die reformistische Illusionsmacherei von diversen opportunistischen Kräften (u.a. in attack), die behaupten, dass im Rahmen der bestehenden Verhältnisse durch entsprechenden Druck von unten „eine andere Politik“ dieses Staates durchgesetzt werden könnte, die angeblich Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit usw. herbeiführen und gewährleisten würde.

Die an sich richtige Argumentation, dass heute bereits so viele Güter produziert werden, dass Armut nicht sein müsste; der an sich richtige Hinweis darauf, dass die Produktivität heute bereits so hoch ist, dass die Arbeitszeit für alle wesentlich verkürzt werden könnte - das alles wird nicht als Anklagepunkt gegen die Grundlagen des Kapitalismus, gegen das kapitalistische Privateigentum usw. formuliert, sondern zur reformistischen Lüge verdreht, dass es angeblich „anders“ gehe, ohne die kapitalistisch-imperialistische Ausbeuterordnung zu beseitigen. Dem stellen wir die seit Marx und Engels wissenschaftlich festgestellte und sich tagtäglich weltweit bestätigende Wahrheit entgegen:

Erwerbslosigkeit, Betriebsstillegungen, Rationalisierungen auf Kosten der Werktätigen, Lohnkürzungen, Ausbeutung und Unterdrückung wird es geben, solange es Kapitalismus gibt. Darüber muss man sich bewusst sein. Wenn der eine Kampf Erfolg hat, muss man schon wieder in den Startlöchern für den nächsten Kampf stehen. Je härter, geeinter und entschlossener dieser Kampf geführt wird, um so besser, um so Erfolg versprechender. Doch der notwendige Abwehrkampf gegen all diese Übel kann nur etwas an den Auswirkungen des kapitalistischen Systems ändern, nichts aber am System selbst.

Für den Kampf auf lange Sicht ist wesentlich zu erkennen: Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln beruht, hat sich tausendfach als völlig ver-

fault erwiesen. Die Herrschaft des Kapitals mit seinem Drang nach weltweitem Profit und nach Weltherrschaft birgt zudem die Gefahr von Raubkriegen in sich. Daher darf das Eigentum an den Produktionsmitteln nicht länger in der Hand einer Minderheit, der Ausbeuter liegen. Vielmehr muss das Monopolkapital diktatorisch enteignet werden, müssen die Produktionsmittel in die Hand der arbeitenden Bevölkerung gelegt, muss das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln verwirklicht werden. Voraussetzung dafür ist aber, dass das ganze alte Gebäude des Staats als Machsinstrument des Kapitals völlig von oben bis unten zerschlagen wird.

Im Kampf mit den Mächten des Kapitals wird die revolutionäre Arbeiterbewegung auf den Trümmern des alten Ausbeuterstaats einen anderen, neuen Staat errichten. Dieser Staat wird die heuchlerische, bürgerliche Demokratie von heute durch eine völlig andere, die sozialistische Demokratie der breiten werktätigen Massen ersetzen, eben die Diktatur über die Ausbeuter und Reaktionäre, die revolutionäre Diktatur des Proletariats errichten.

Ja es ist wahr: Dieser Staat wird nur einer Minderheit gegenüber diktatorisch vorgehen: dem Kapital, den Reaktionären, den Feinden der Arbeiterbewegung gegenüber. Für die Herren des Monopolkapitals und ihre Anhänger wird es keine Freiheit geben, wenn die Masse der Werktätigen ihren Staat in einem sozialistischen Wirtschaftssystem aufbaut; einen Staat der sozialistischen Demokratie, in dem nicht nur Vertreter gewählt, sondern auch rechenschaftspflichtig sind und jederzeit abgewählt werden können; einen Staat, in dem die gewählten Vertreter nur Facharbeiterlohn erhalten und ständig kontrolliert werden, damit sie nicht aus Dienern der arbeitenden Massen zu ihren neuen Herren emporwachsen können.

Das ist keine erfreuliche Perspektive für das Kapital. Es wird freiwillig keinen Millimeter zurückgehen. Die Kämpfe mit einer solchen Zielsetzung werden sich zu spitzen bis zur bewaffneten Revolution der großen Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer engsten Verbündeten gegen die Bürgerkriegstruppen des Kapitals.

Es gilt, einem solchen Kampf nicht auszuweichen, sondern ihn vorzubereiten, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten mit wissenschaftlichen Argumenten von der Notwendigkeit dieses Kampfes zu überzeugen und sie für einen solchen Kampf und die Perspektive der Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Demokratie, des Sozialismus und Kommunismus zu gewinnen.

All dies ist ohne eine auf wissenschaftlichem Fundament gegründete, fest mit den Arbeiterinnen und Arbeitern verbundene Partei, eine kommunistische Partei nicht möglich. In enger Verbindung mit den Kämpfen der werktätigen Massen selbst muss eine solche disziplinierte Partei, die demokratisch und zentralistisch zugleich ist, die den wissenschaftlichen Kommunismus zur Richtschnur nimmt, planmäßig aufgebaut werden.

BUCHLADEN
Georgi Dimitroff
Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/M.
Fax 069/730920
ÖFFNUNGSZEITEN

Freitag 16.30 - 19.30 Uhr
Samstag 10.00 - 13.00 Uhr

Vertrieb für
Internationale Literatur
Brunhildstr. 5, 10829 Berlin

GEÖFFNET:
Samstag 11.00 - 14.00 Uhr

ISSN 0948/5090